

Hipp! Hurra! Gloria!

Verspricht die neue Präsidentin bessere Zeiten?

Am 20. Januar war es soweit: die bisherige Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, kurz GMA, legte vor dem obersten Richter Hillaro Davide ihren Amtseid als vierzehnte Präsidentin der Philippinen ab — symbolträchtig am EDSA-Schrein, wo die Tage und Nächte zuvor »eine Millionen plus« Menschen Erap resign, Estradas Rücktritt, forderten.

Estrada hatte sich durch die Hintertür aus dem Palast geschlichen — war jedoch nicht zurückgetreten. Bis heute besteht er darauf, der rechtmäßige Präsident des Landes zu sein: Er habe nur vorübergehend die Geschäfte an die Vizepräsidentin übergeben, weil er zur Zeit sein Amt nicht ausüben könne — GMA sei bloß »acting president«.

Anfang März erklärte das Verfassungsgericht dann GMA einstimmig zur rechtmäßigen Präsidentin und versuchte den Spagat: Statt den Wechsel für revolutionär zu erklären (wie 1986), hängt es ihm das Mäntelchen eines verfassungsgemäßen Wandels um. Die Verfassung aber kennt nur vier Gründe, nach denen die Vizepräsidentin das Amt des Präsidenten übernehmen kann: Rücktritt, dauerhafte Amtsunfähigkeit, ein positiv abgeschlossenes Amtsenthebungsverfahren oder Tod. Keiner der Gründe trifft zu, auch wenn das Verfassungsgericht in seiner Urteilsbegründung von einem »impliziten Rücktritt« sprach. Ein Meisterstück an »Realpolitik«.

Herrschaft des Pöbels?

Die zweite gewaltfreie »Revolution«, *People Power II*¹, brachte dem philippinischen Volk eine Auszeichnung des Friedensnobelpreiskomitees dafür ein, dass es »der Welt ein lebendiges Beispiel gegeben hat, dass es politischen Wechsel geben kann, ohne Blut zu vergießen« (so dessen Vorsitzender); westliche Beobachter/innen und Medien sprachen

aber bald von »mob rule«, von der »Herrschaft des Pöbels«, der sich über Gesetz und Verfassung hinweggesetzt habe. Die selben Menschen, die in den letzten Jahren noch auf die Strasse gingen, um Verfassungsänderungen (*Cha-cha*) — etwa die Möglichkeit einer Wiederwahl des Präsidenten oder von Landbesitz für Ausländer/innen — zu verhindern, offenbarten jetzt, wo es ihrer politischen Agenda nützte, einen Mangel an Respekt für die gesetzliche Ordnung.

Dieser Vorwurf viel Empörung im Land hervorgerufen. Diese »Fall-schirmjournalisten« — so etwa Amado Doronilla vom *Philippine Daily Inquirer* — würden urteilen, ohne das politische Umfeld der Rechtsanwendung mit einzubeziehen. Wo die Mächtigen die Regeln und Gesetze nach ihrem Willen auslegten (oder durch Beziehung, Einfluss und Geld sie nicht zur Anwendung kommen lassen) und die Staatsmaschinerie dafür nutzten, ihre eigene Macht zu erhalten, gebe es auch Situationen, wo der schlichte Grundsatz »das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz« zur Anwendung kommen müsse.

»EDSA II ist eine Übung in direkter Demokratie gewesen«, so Walden Bello, Vorsitzender der Partei AK-BAYAN, »da die Institutionen repräsentativer Demokratie dem systematischen und massiven Missbrauch der Macht kein Ende bereiten wollten.«²

People Power II hat das mangelnde Vertrauen der Menschen in ihre eigenen Verfassungsorgane offengelegt; der Amtsenthebungsprozess vor dem Senat hätte noch einiges mehr zur Stärkung dieser Or-

gane beitragen und das Vertrauen in Rechtsfindung und Rechtsstaat erhöhen können.

Es ist aber nicht der »Pöbel« gewesen, der diese Chance verspielt hat, es sind jene elf Senatoren gewesen, die den explosiven Inhalt des zweiten Umschlages, den die PCI-Equitable Bank dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellte und der bekanntermaßen eindeutiges Beweismaterial enthielt, um Estrada der Bereicherung zu überführen, als »für die Beweisführung irrelevant« erklärten.

In der Güterabwägung von Demokratie und Rechtsstaat haben sich die Menschen für die souveräne Ausübung direkter Demokratie entschieden.

Hauptsache, Erap ist weg

(Fast) das ganze Land zeigt sich erleichtert. Auch die Menschenrechtsgruppen und sozialen Bewegungen, die das neoliberale *Philippines 2000*-Paradigma von Ex-Präsident Ramos heftig kritisiert hatten, mussten mit Erschrecken feststellen, dass es schlimmer kommen konnte.

Estrada, den viele zu Unrecht für dumm gehalten haben, hatte ein landesweites Netz der Selbstbereicherung aufgezogen, durch das illegale Glücksspiel Jueteng und das

Niklas Reese ist Geschäftsführer des philippinenbüros. Er hat von Mitte Januar bis Ende Februar die Philippinen bereist.

Abschöpfen der Tabaksteuer. Über drei Milliarden Pesos (150 Millionen Mark) sind so auf seine Tarnkonten geflossen.

In einem Land, in dem die organisierte Kriminalität ohne die Beteiligung von Beamten und Politikern kaum denkbar ist, habe Estrada den Staat endgültig zur Mafia gemacht, so Walden Bello. Die Unterwelt soll im Präsidentenpalast ein und aus gegangen sein. »Estradas Hauptprogramm«, so Bello weiter, »ist es gewesen, das Verbrechen unter dem Präsidenten zu zentralisieren.« Viele weitere Verbrechen wie Prostitution, Drogen und Entführungen, hätten folgen können, wenn der öffentliche Protest dem kein Ende bereitet hätte.

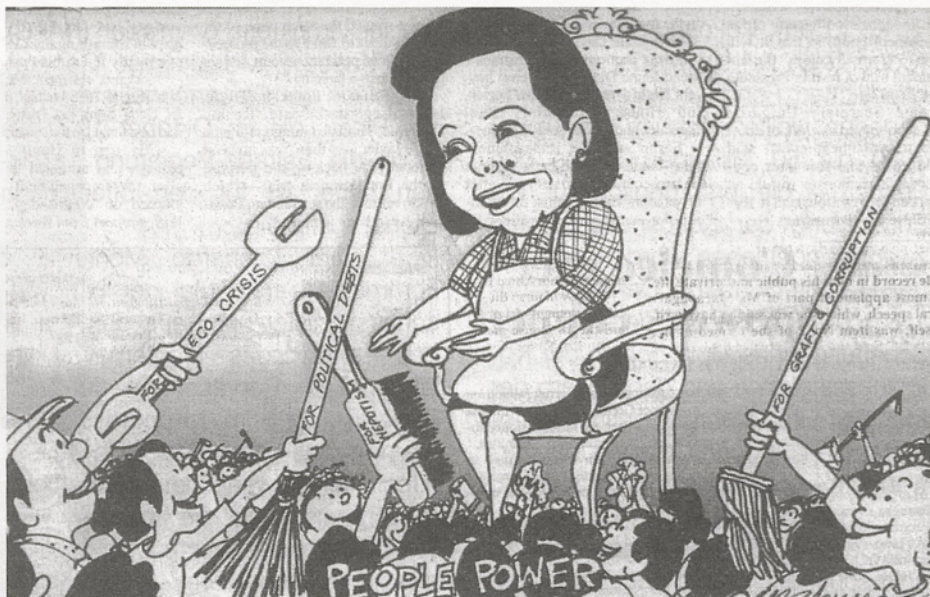
Estrada hatte Günstlingswirtschaft und Personalismus zum offiziellen Regierungsprinzip erklärt; es ist diese schamlose Korruption und Vetternwirtschaft gewesen, die schließlich die meisten auf die Straße getrieben hat. »Frag die Menschen auf der Strasse, was das Hauptproblem des Landes ist« so der Kolumnist Rigoberto Tiglao, »sie werden kaum antworten: ›die Gier und mangelnde soziale Verantwortung der Elite‹, ›Strukturen der Unterentwicklung‹ oder ›die Vorherrschaft der Industriestaaten in der Weltwirtschaft‹, sie werden ohne zu zögern sagen: ›Korruption.« (Philippine Daily Inquirer, 23.2.2001)

Good Governance — Transparenz, Effizienz, Rechtsstaatlichkeit, Bürgersinn und ein verbessertes Steueraufkommen statt die grassierende Steuerhinterziehung gerade seitens der Eliten — ist eben auch eine Voraussetzung für gesellschaftliche, soziale, menschenrechtliche Veränderungen.

Allein, dass man von GMA eine effiziente Regierung erwartet, ein Ende von undurchdachter Politik und Mitternachtsgelagen, bringt ihr schon Respekt ein. »Endlich haben wir wieder eine intelligente Präsidentin«, so Rey Teves, Koordinator eines mindanaoweiten Friedensforums.

Glorias Programm

Bis jetzt hat Macapagal-Arroyo noch kein umfassendes politisches Programm vorgelegt, sondern bloß bei Amtsantritt ein allgemeines



Wunderbare Gloria

Vier-Punkte-Programm: Kampf gegen Armut, mehr Moral in Regierung und Gesellschaft, programmatische Politik statt Patronagepolitik und Führung durch Vorbild.

Macapagal-Arroyo, die in den USA Ökonomie studiert hat (mit Bill Clinton als Studienkollegen), gilt aber als eine der profiliertesten Verfechterinnen eines neoliberalen Kurses. Globalisierung kann geradezu als ihr Baby gelten. Sie hat etwa 1995 im Senat das Gesetz zum Beitritt zur WTO verfochten. Sie hat auch jetzt erklärt, den Auflagen von IWF und Weltbank entsprechen zu wollen (sich aber auch bereit erklärt, über die WTO-Auflagen neu zu verhandeln). Sie hat auch zu anderer Gelegenheit stets Privatisierungen, eine kapitalfreundlichere Gesetzgebung und mehr Weltmarktöffnung angemahnt. Und ihr Vater Diosiado Macapagal hat als Präsident in den 1960ern Weltmarktöffnung und Deregulierungspolitik in die Wege geleitet.

Heute propagiert GMA wie Ramos eine »Globalisierung mit Sicherheitsnetzen« (die Netze sind schon unter Ramos weitgehend eine Fata Morgana geblieben). Von ihr ist im wesentlichen eine Fortsetzung von Ramos *Philippines 2000* zu erwarten. Eine basisorientierte, vorrangig an den Bedürfnissen der Armen ausgerichtete Wirtschaftspolitik wird sie aus eigenen Stücken wohl kaum verfolgen, sondern nur wenn die progressiven Kräfte, die zu einem wesentlichen Teil die *Erap resign*-Bewegung getragen haben, ihr neu entstandenes politisches Kapital nutzen und genug Druck ausüben.

Herausforderungen, an denen sich GMA erweisen müssen, gibt es genug: Die Privatisierung von Schlüsseleinrichtungen wie dem landesweiten Energieversorger, der *National Power Cooperation*, und der Nahrungsmittelbehörde *National Food Authority* stehen an. Regionale Infrastrukturprojekte wie der San Roque Dam in Nordluzon oder der Großbergbau, die auf erbitterten Widerstand der lokalen Bevölkerung stoßen, stehen in der Diskussion. Exportfruchtplantagen auf Mindanao wollen expandieren.

Die Agrarreform ist ins Stocken geraten, das Agrarreformministerium hatte sich unter der Leitung von Boy Morales fast gänzlich von der Landverteilung verabschiedet und auf die Bereitstellung von Infrastruktur für marktorientierte Betriebe beschränkt. Viele konkrete Fälle, in denen Bauern für die Kontrolle über das Land kämpfen, das sie seit vielen Jahrzehnten bebauen, bleiben ungelöst. Wird GMA hier gegensteuern?³

Hoffnungsschimmer

Auch in anderen Politikfeldern greift die neue Präsidentin Ramos Politik auf — hier aber von hoffnungsfroher Erwartung der Zivilgesellschaft begleitet. Auf Mindanao hat sie den Friedensprozess wieder in Gang gebracht.⁴ Zum ersten Mal ist ein Moro Regierungsmitglied. Auch die Friedensverhandlungen mit der NDF sollen wieder aufgenommen werden (siehe Rainer Werning: *Friedenskrieg auf Mindanao*, S. 82ff.).

Den Kokosnussteuerfonds (*Coco Levy*) will sie wieder zu einem öffentlichen Fonds erklären. Estrada dagegen wollte noch im November 2000 die 50 Milliarden Pesos des Fonds — die ursprünglich für die Entwicklung der Kokosnussindustrie zwangseingetrieben wurden und die der Marcos-Günstling Danding Conjuangco dann unter anderem für die Schaffung eines Monopols in der Kokosnussindustrie und den Erwerb der Mehrheit im Nahrungsmittelkonglomerat *San Miguel Cooperation* verwendete — per Gesetz »privatisieren«.

Insgesamt eine Politik, die geradezu von Ramos abgekupfert zu sein scheint. Da viele derjenigen, die unter Ramos Teil der Regierung waren, auch in die neue Regierung recycelt wurden, behaupten böse Zungen gar, dass Ramos der eigentliche neue-alte Präsident des Landes sei.

Glorias Mannschaft

Die Berufungen sollten diesmal transparent und »professionell« von sich gehen, zu diesem Zweck wurde ein *Presidential Search Committee* eingerichtet, dennoch war Expertise nicht das oberste Kriterium. Viele *Trapos* (traditionelle Politiker/innen) fanden ihren Weg an die Schaltstellen der Macht — und so mancher Militär als Dank für ihre schlussendliche Unterstützung von People Power Two (siehe: Werning, S. 82ff.).

Fünf ehemalige Senatoren (Vizepräsident Guingona, Finanzminister Romulo, Bildungsminister Roco, der Minister für kommunale Angelegenheiten Lina und der voraussichtlich neue Umwelt- und Ressourcenminister Alvarez⁵) — und zahllose Abgeordnete des Repräsentantenhauses sind Mitglieder des neuen Kabinetts.⁶

In der Elitendemokratie hat eine Fraktion der Elite von der anderen das Ruder übernommen — fast eine Wiederholung der Wahlen von 1998 mit vertauschten Rollen.

Die Zivilgesellschaft hat auch ihr kleines Stück Kuchen abbekommen, diesmal in Form von Vertreterinnen aus dem moderat-linken (*socdem*) NGO-Netzwerk KOMPIL II. Corazon »Dinky« Soliman, Koordinatorin von KOMPIL II ist neue Sozialministerin; Teresita Q. Deles, Direktorin des *Gaston Z. Ortigas Peace Institute* neue Leiterin der Nationalen Ar-

mutsbekämpfungskommission (NAPC). Und Karina David, einstige Generalsekretärin der Frauenparteiliste Abanse! Pinay, die im Oktober 1999 als erste die Estrada-Regierung verlassen hatte, ist für den öffentlichen Dienst zuständig.⁷

Mit Leonardo Montemayor kommt das erste Mal der Landwirtschaftsminister nicht aus dem Lager des Agribusiness. Montemayor war lange Zeit Repräsentant für den Bauernsektor im Kongress und stammt aus ihrer Parteiliste ABBA. (Doch selbst wenn der Minister progressiv scheint, die ganze Ministerialbürokratie bleibt noch neoliberal und industriefixiert.)

Strategische Positionen haben zivilgesellschaftliche und progressive Vertreter/innen aber auch diesmal nicht inne.

Das Agrarreformministerium — das klassische Reformministerium — ist in die Hände von Nani Braganza gelegt worden, einem *spice boy* (vergleichbar mit den »jungen Wilden«), der aus alteingessenem Hause kommt und über keinerlei Erfahrung in punkto Landreform verfügt. Er will erst einmal alles neu überprüfen und überdenken lassen und im Konsensverfahren entscheiden — also nicht gegen die Interessen der Großgrundbesitzer agieren. Da die Agrarreform in ein Stadium gelangt ist, in dem es um zwangsweise Aneignung (*compulsory acquisition*) der großen Ländereien durch den Staat zwecks Umverteilung geht und weil die Verteilung des meisten öffentlichen Landes bereits fast abgeschlossen und alles von den (Groß-) Grundbesitzern freiwillig angebotene Land bereits von der Landbank aufgekauft wurde, klingt dies wie die Totenglocke für die Landreform.⁸

Druck machen

Nicht zu Unrecht sprechen manche von »bloß symbolischer Vertretung [der Zivilgesellschaft], um einen fortschrittlichen Eindruck zu vermitteln« (so das orthodox-linker Netzwerk BAYAN). Manche meinen, progressive Kräfte sollten endlich aufhören, einer Elitenregierung das Mäntelchen der Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Für Edicio de la Torre hingegen, einen der »Reformer« in der Estra-

daregierung und heftig gescholten dafür, dass er bis zum bitteren Ende das Schiff nicht verlassen hat, hängt alles davon ab, ob die Reformer/innen innerhalb der Regierung auf breite Unterstützung von progressiven Kräften außerhalb bauen können. »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es völlig unrealistisch zu glauben, eine fortschrittliche Regierung sei im Bereich des Möglichen. Aber es kann Fortschritte mit der Regierung geben.«

Politische Veränderung und durchgreifende Reformen werden nur durch starken Druck der sozialen Bewegungen, der progressiven Medien, der wenigen fortschrittlichen Kongressabgeordneten (und in einer gewissen Weise auch durch das Schreckgespenst bewaffneter Aufstandsgruppen) zustande kommen können.

Sie entscheiden, ob People Power II mehr als ein kurzes demokratisches Intervall sein wird.

Teddy Casiño, Generalsekretär von BAYAN, ist zuversichtlich: »People Power II hat die philippinische Gesellschaft nicht verändert, es hat unser Volk aber mit einer gehörigen Dosis politischer Bildung versorgt und unsere politischen Kräfte gestärkt, es hat das Ausmaß an Korruption offensichtlich werden lassen, das unsere politischen Ämter durchsetzt hat — und die Unfähigkeit unserer legalen Institutionen, den Interessen des Volkes zu dienen.«

Die Zivilgesellschaft ist fest entschlossen, anders als bei Cory Aquino der Präsidentin diesmal nicht blind ihre guten Absichten zu glauben, sondern sie kritisch zu begleiten und zu beeinflussen. »Das ist, was wir aus ED-SA Eins gelernt haben«, so Esther Penunia, Koordinatorin des (*socdem*) Agrarreformbündnisses AR Now. Sie wissen: Macapagal-Arroyo hat ihre Inthronisation ganz entscheidend der Zivilgesellschaft zu verdanken: den vielen politischen Gruppierungen der Linken, die ihre Gefolgschaft mobilisiert haben, den Studierenden und Intellektuellen, die, wenn auch häufig unorganisiert, doch programmatische und verändernde Politik fordern.

Sie sind es, die Estrada die Legitimation entzogen und so dem Machtwechsel den Weg bereitet haben. Und dass wisse GMA genau.

Unter den sozialen Bewegungen herrscht eine Stimmung voller Erwartung, begründeter Skepsis, Hoffnung — und vor allem Offenheit.

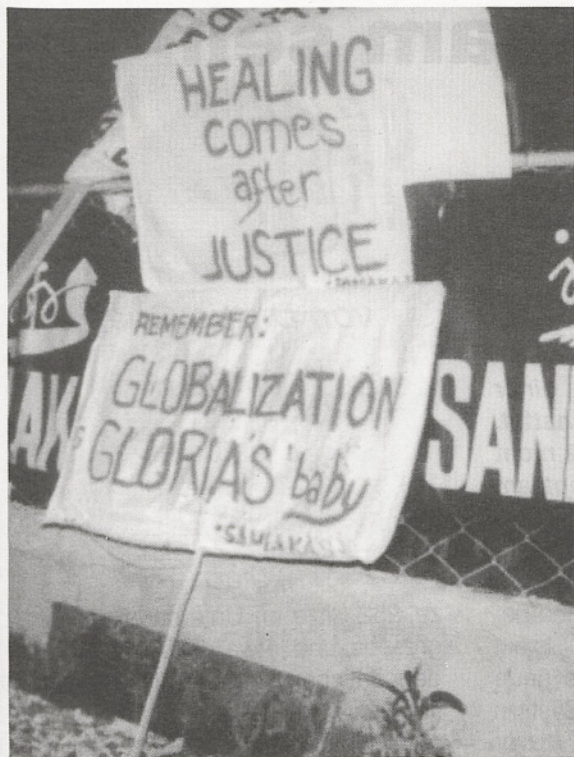


Foto: N. Reese

Vorsicht ist die Mutter ...

Zu viel ist in Bewegung und kaum jemand hat bereits ein endgültiges Urteil gefällt. »Schieben wir sie [GMA] nicht gleich in eine Schublade, versuchen wir, für unsere Ziele zu kämpfen«, so die Friedensarbeiterin Juvy Loyola. [Siehe auch: Dottie Guererro: Jetzt heißt es wachsam sein, S. 80ff.]

Wie stark ist Gloria?

Erap Estrada sind im Laufe der Ereignisse seine *mahirap* (Armen) mehr und mehr abhanden gekommen, doch GMA wird den Bauern, den Arbeiterinnen und den städtischen Armen erst noch beweisen müssen, dass sie nicht Repräsentantin der »Peninsulares« ist, der Geschäftswelt Makatis und des transnationalen Kapitals, der intellektuellen Elite und der urbanen Mittelschicht.

Ihre Ziele und ihre Verhaltensweisen — auch die der progressiven Teile der EDSA-People — sind aber zu wenig im Lebensgefühl und im Alltag der *Mahirap* verwurzelt. Die Armen sind auch diesmal nur passive, wenn auch zunehmend sympathisierende Zuschauer/innen geblieben.

Estrada ist sehr erfolgreich darin gewesen, ihnen durch symbolische Akte (er benutzte Filipino und »Carabao English« statt gepflegtes

Englisch, aß mit den Händen, kleidete sich zuweilen wie sie, gab sich als Schulabbrecher) vorzugaukeln, er sei einer der ihren. So gelang es ihm 1998, mit für philippinische Verhältnisse einmaligen 34 Prozent der Stimmen zum Präsident gewählt zu werden — und für eine Zwischenzeit hatte er wahrscheinlich die Mehrheit des Volkes hinter sich.

Auch wenn die Wiederwahl der Präsidentin von der Verfassung untersagt ist, GMA darf bei den Präsidentschaftswahlen 2004 antreten. Weil sie nach mehr als zwei Jahren von Estrada übernommen hat. Da wird sie schon die Armen für sich gewinnen müssen — da sich sonst

der nächste Populist im Präsidentenpalast breit machen dürfte.

Und Estrada?

Ganz aktuell aber beschäftigt viele eine noch viel drängendere Frage: Werden Estrada und seine Spezis

für die von ihnen in Gang gesetzte Ausplünderung des Landes zur Rechenschaft gezogen — oder dürfen sie sich wie Marcos ins Exil absetzen, dessen Opfer bis heute vergeblich auf Entschädigung aus den vielen Marcos-Milliarden warten.

Werden die Eliten einen Prozess gegen Estrada zulassen — der »bloß« die Mechanismen der Selbstbereicherung und Vetternwirtschaft, in denen sie alle recht geübt sind, bei weitem übertrieben hat. »Er hat sich einfach dümmer angestellt als die Präsidenten vor ihm«, so Edicio de la Torre.

Ein Prozess gegen Estrada wäre zugleich ein Prozess gegen Korruption, gegen personalistische Politik und das feudalistische Selbstverständnis der Eliten, öffentliche Gelder und Ämter für ihren persönlichen Besitz erachten.

Einen spannenden und persönlichen Einblick in die Geschehnisse der letzten Monate gibt der Erlebnis- und Ereignisbericht von Teddy Casiño, der in drei Teilen zwischen 3. und 5. März 2001 im Philippine Daily Inquirer erschienen ist (unter www.inquirer.net abzurufen oder im philippinenbüro erhältlich).

Anmerkungen

- 1) Der Terminus »People Power II« ist viel angemessener als »EDSA DOS«, weil sich der Protest nicht nur auf Manila beschränkt, sondern von Baguio bis Davao sich auf das ganze Land erstreckt hat.
- 2) Die Business World fragt am 13. März »Hätten sie (die ausländischen Medien) mehr von uns gehalten, wenn wir diesem zur Amtsausübung unfähigen Präsident erlaubt hätten, unser Land für weitere vier Jahre zu regieren — und es noch mehr in den Abgrund zu treiben?«
- 3) Was die Privatisierung der NPC betrifft, hat GMA die Katze bereits aus dem Sack gelassen. Sie wird privatisieren wollen. Nicht primär, weil das effizienter wäre (für wen?), sondern weil die NPC hoch verschuldet ist und die Privatisierung von vielen internationalen Geberinstitutionen zur Bedingung für weitere Kredite gemacht wurde.
- 4) »Frieden und Entwicklung für Mindanao« ist jedoch eine ambivalente Angelegenheit. »Entwicklung« für Mindanao — das hieß bislang immer: noch mehr Plantagen, noch mehr ausländisches Kapital und noch mehr Fremdbestimmung — ob aus Manila oder aus Miami.
- 5) Alvarez' Ernennung verzögert sich noch, vermutlich weil Senatspräsident Pimentel Einspruch erhebt. Alvarez hat sich in der Vergangenheit für eine Aufhebung des vollen Holzfallverbots ausgesprochen. Auch die Berufung des ersten Moro in ein Kabinett, der Minister für öffentliche Dienst-

leistungen Datumanong, ist nicht unproblematisch. Er gilt als unerfahren und hat sich als Abgeordneter des Repräsentantenhauses für eine kapitalfreundlichere Arbeitsgesetzgebung eingesetzt.

- 6) Als besondere »delicadeza« dürfte die Berufung Richard Gordons zum Tourismusminister gelten — er war Bürgermeister von Olongapo City zur der Zeit, als dort wegen des riesigen amerikanischen Marinestützpunkts Subic Bay die (Kinder-) Prostitution florierte und die Herren in Amt und Würden mitkassierten. Und die Schwester des Juetenglords Singson, der das Amtsenthebungsverfahren ins Rollen brachte, ist die neue Vorsitzende der nationalen Lotterie!
- 7) Dabei wird »Zivilgesellschaft« recht großzügig definiert, auch die neue Arbeitsdirektorin der Präsidentin (Presidential management Staff) Vicky Garchiarena, bislang Präsidentin der Ayala-Stiftung, der größten wirtschaftsfreundlichen Stiftung des Landes, gilt als Berufung aus der Zivilgesellschaft.
- 8) Braganza war in den frühen Achtzigern noch zu Zeiten der Diktatur Mitglied des radikallinken Studierendenverbandes League of Filipino Students (und ist wohl auch deshalb zum Leiter der Regierungsdelegation für die Friedensverhandlungen mit der NDF ernannt worden). Auf diese progressive Vergangenheit hoffen so manche.